Nr. 468 Morgen-Ausgabe
A 237

Berlin

Dienstag, 4. Oktober 1927
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3500—3505 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 293.

Gespräch mit Woldemaras

Deutsch-litauischer Freundschaftsvertrag?

Der litauische Ministerpräsident Professor Woldemaras ist entgegen den ursprünglichen Absichten nur zwei Tage in Berlin geblieben und schon nach kurzen Besprechungen mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann nach Kowno weitergefahren. Vor seiner Abreise äußerte er sich zu unserem Phi-Mitarbeiter gesprächsweise über einige Fragen der litauischen Politik.

„Die Unterhaltungen mit dem Herrn Reichsaußenminister haben," so führte Woldemaras aus, „lediglich der Vorbereitung von eingehenden, den Gesamtkomplex des deutsch-litauischen Verhältnisses umfassenden Verhandlungen gedient, die, wie bereits im Sommer vereinbart wurde, noch im Laufe des Oktober oder Anfang November stattfinden werden." Die Frage, ob ein Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern angestrebt werde, wird vom Ministerpräsidenten vorsichtig dahin beantwortet, daß im Rahmen der Gesamtverhandlungen auch über eventuelle vertragliche Bindungen zu sprechen sein werde. Dann würde auch die litauische Memelpolitik weiter erörtert werden, über die sich der Ministerpräsident unter Hinweis auf das inhaltlich unten wiedergegebene amtliche Communiqué nicht weiter äußerte.

Das Gespräch wandte sich darin allgemeineren Fragen zu, und Professor Woldemaras benutzte die Gelegenheit, um sich eingehend zu den innerpolitischen Vorgängen zu äußern, die sich während seiner wochenlangen Abwesenheit in Litauen ereignet haben, und unter denen der Putschversuch radikaler Elemente in Tauroggen eine besondere Stellung einnimmt. Die Regierung habe schon vor etwa drei Monaten zuverlässige Mitteilungen durch die Polizei erhalten, die sie über Umfang und Ziele, zu über den genauen Termin des Losschlagens einer revolutionären Bewegung genau unterrichteten. Er, Woldemaras, habe dem keine Bedeutung beigelegt, und er sei an dem Tage, an dem die Rebellen ursprünglich den Putsch inszenieren wollten, nach Genf gefahren. Warum man nicht schon frühzeitig durchgegriffen habe? Nun, weil die Oeffentlichkeit sonst an die Tatsache einer Verschwörung nicht geglaubt hätte und weil jetzt, nachdem die Armee kurzerhand den Aufstand habe niederschlagen können, die Schuld gewisser Kreise auf der Hand läge. Die Frage liegt nahe, wen Herr Woldemaras mit diesen „gewissen Kreisen" meint. Er ist zurückhaltend. Ueber die Verantwortlichkeit an dem Unternehmen könne er sich erst äußern, wenn er das vorliegende Material genau studiert habe. Nach den damaligen Polizeiberichten aber scheine festzustehen, daß die litauischen Gruppen, die die Träger der Revolte gewesen seien, auf ausländische Hilfe gehofft haben, — doch auch über die Stichhaltigkeit dieses Vorwurfs könne im Moment nichts Zuverlässiges gesagt werden.

Ueber die Rolle der mächtigen Christlich-Demokraten spricht sich der litauische Ministerpräsident eingehend aus. (Man muß wissen, daß diese Partei sein großer Gegenspieler ist.) Zwischen den Christlich-Demokraten von früher und denen von heute bestehe ein großer Unterschied, der seine Erklärung in den durchaus ungeordneten Verhältnissen des litauischen Parteiwesens finde. Kürzlich haben christlich-demokratische Führer, besonders Krupavizius und Bistras, einen entscheidenden Vorstoß gegen das von Woldemaras vorbereitete Referendum über eine Anzahl von Verfassungsänderungen gewagt: sie haben zum Boykott der Volksabstimmung aufgefordert und verlangt, daß schleunigst eine Koalitionsregierung gebildet und nach nach der alten Verfassung ein neues Parlament gewählt werde. Woldemaras, der Führer der Tautininkai (der „Völkischen"), bezweifelt, daß die ganze christlich-demokratische Partei hinter diesem Aufruf stehe, und meint, daß die Führer in dieser Frage isoliert bleiben werden. Deshalb sei der Aktion auch keinerlei Wirkung zu prophezeien. Das Referendum werde unabhängig davon mit größter Beschleunigung erfolgen, sobald die Vorbereitungen abgeschlossen seien. Einen festen Termin für die Volksabstimmung konnte Woldemaras nicht angeben.

Mit der geplanten Verfassungsänderung hängt die Frage der Beziehungen zu Polen insofern zusammen, als die neue Verfassung die Bestimmung enthalten soll, daß das jetzt von Polen annektierte Wilna-Gebiet ein unverzichtbarer Bestandteil des litauischen Staatsgebietes ist; Wilna selbst wird als die Hauptstadt Litauens erklärt, an deren Stelle nur vorübergehend eine andere Stadt treten kann. Nun hatten sich in letzter Zeit die Gerüchte vermehrt, daß, da über die Wilna-Frage zwischen Litauen und Polen doch vorläufig keine Einigung zu erzielen ist, direkte oder indirekte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern stattfänden, die unter vorläufiger Ausschaltung dieses Problems die Grundlage für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit schaffen sollten. Es ist besonders bemerkenswert, daß Professor Woldemaras diese Gerüchte in schärfster Form und mit allem Nachdruck dementiert. Wilna sei die Kernfrage des litauisch-polnischen Verhältnisses, und so lange hier nicht eine Klärung erfolgt sei, sei eine Annäherung an Polen in irgendeiner Form nicht möglich. Dieser litauische Standpunkt sei immer mit aller Deutlichkeit unterstrichen worden, und jede litauische Regierung müsse ihn einnehmen. Darauf hingewiesen, daß gewisse führende Männer der Christlich-Demokraten in der Polen-Frage eine von dieser Auffassung abweichende Stellung einnehmen, bestätigt der Ministerpräsident diese Tatsache. Er erinnert daran, daß ein mächtiger Mann in der Christlich-Demokratischen Partei, Valokaitis, die Ansicht vertritt, daß Wilna für Litauen nur eine Last bedeuten würde. Ueber die Masse der Partei werde auch hier ihren Führern nicht folgen; das litauische Volk sei sich einig darin, daß Wilna seine Hauptstadt sei und daß die Bewohner des Wilna-Gebietes zu ihm gehören.

Die Schwierigkeiten in dem polnisch-litauischen Verhältnis wirken sich natürlich auch auf die Bestrebungen aus, die auf ein „Baltisches Locarno" hinzielen. Die Diskussion über diese Pläne hält Woldemaras für verfrüht. Gewiß, eine solche Idee sei begrüßenswert und werde sich zweifellos einmal durchsetzen, aber er brauche nur auf die bekannte Rede Chamberlains in Genf, worin dieser ausführte, daß England jetzt keine neuen Verpflichtungen übernehmen wolle, hinzuweisen, um die Unmöglichkeit einer Verwirklichung der Idee des „Baltischen Locarno" in naher Zukunft darzutun. Denn ohne England einen solchen Bund zu schaffen, sei natürlich ausgeschlossen. Die erste Voraussetzung dazu sei übrigens, daß Litauen feste Grenzen habe, — und da trete eben die Wilna-Frage in den Vordergrund. Aber auch Rußland sei ja für die Garantie eines „Baltischen Locarno" unerläßlich. Mit ihm verhandele man gerade über einen Handelsvertrag, und wenn auch die Meldung einer deutschen Korrespondenz, daß dessen Unterzeichnung unmittelbar bevorstehe, absolut unzutreffend sei, so könne doch gesagt werden, daß man die Verhandlungen jetzt intensiv weiterzuführen gedenke.

Zum Schluß leitet eine Frage, wie sich der Ministerpräsident die innerpolitische Entwicklung Litauens und eine eventuelle Annäherung an — demokratische Zustände denke, zu einer prinzipiellen Erklärung Woldemaras' über seine Auffassung von Demokratie überhaupt über. „Sie haben das Wort ‚Demokratie' etwas zögernd ausgesprochen. Sehen Sie, es gibt Demokratie in mancherlei Form. Die amerikanische Verfassung beispielsweise ist eigentlich gar nicht demokratisch, und doch würde es niemandem einfallen, die Vereinigten Staaten nicht als ein demokratisches Land zu bezeichnen. Ich erstrebe eine Annäherung der litauischen Verhältnisse an die amerikanische Form der Demokratie — nicht in allen Einzelheiten, aber doch im Ganzen. Wenn das Referendum angenommen wird, dann sind für uns alle Verfassungsfragen erledigt, und unser Parteiwesen, das im Augenblick in einer schweren Krise ist, wird neue Formen finden, in denen eine fruchtbare Arbeit möglich ist. Das ist meine Auffassung von Demokratie."

*

In dem Communiqué, auf das Professor Woldemaras in der Unterhaltung mit unserem Mitarbeiter Bezug nahm, heißt es, daß die Besprechungen zwischen ihm und Dr. Stresemann zu einer weitgehenden Uebereinstimmung der beiderseitigen Ansichten geführt haben. Woldemaras unterstreicht, daß er voll zu seiner im Juni vor dem Völkerbundrat abgegebenen Erklärung stehe und alles tun werde, um eine gerechte Durchführung des Memelstatuts zu veranlassen. Dem memelländischen Landtag werde bei seinem Zusammentritt vom litauischen Gouverneur ein Aktionsprogramm vorgelegt werden, das die häufig unklare und lückenhafte Memelkonvention im Geiste des Ausgleichs und der Versöhnung ergänzen solle.

Für die allernächste Zeit sei zwischen Deutschland und Litauen ein gentleman-agreement in Aussicht genommen, auf Grund dessen die Staatsangehörigen eines Landes sich ungehindert in dem anderen niederlassen und aufhalten können und Ausweisungen nur bei Verbrechen und Vergehen, bei Belastung der öffentlichen Armenpflege oder bei politischer Betätigung gegen den Bestand des anderen Staates erfolgen dürfen.

Dulden oder kämpfen

Von
Georg Bernhard

Der Reichspräsident hat in seiner gestrigen Ansprache an den glückwünschenden Reichskanzler den Gruß an die Brüder im besetzten Gebiete an die Spitze gestellt und der Enttäuschung darüber Ausdruck verliehen, daß es sich bisher noch nicht hat erreichen lassen, die Rheinlande zu befreien. Deren Erlösung soll nach seinen eigenen Worten die vornehmste Aufgabe der deutschen Politik sein und bleiben. Wenn man das Wort „Politik" in dieser Ansprache richtig versteht, so kann es doch nur im Sinne von Außenpolitik gedeutet werden. Der Reichspräsident kann damit nur die Fortsetzung jener Außenpolitik gewünscht haben, die seit den Tagen von Locarno Stresemann in Genf und durch Genf geführt hat. Diese Politik zielt darauf ab, die anderen Völker von der Friedfertigkeit Deutschlands zu überzeugen und auf der Grundlage dauernder Verständigung mit Deutschlands Nachbarn endlich wieder die volle Souveränität über sämtliche Gebiete des Deutschen Reiches zu bekommen.

Solche Politik ist nur dann erfolgreich zu betreiben, wenn es gelingt, im Auslande Verständnis für deutsches Wesen und Glauben an den ehrlichen Willen des deutschen Volkes zu erwecken. Wem solche Mittel unsympathisch sind, wer glaubt, die Rheinlande dadurch befreien zu können, daß er mit der geballten Faust auf den Tisch schlägt, der lasse alle Hoffnung auf die Befreiung der besetzten Gebiete fahren. Wer aber ernstlich Versöhnungspolitik will, der muß sich klar darüber sein, welch nahrhaftes Kraftfutter für die Nationalisten in Frankreich und in Polen die gestrige Hindenburgfeier gewesen ist.

Wir wünschten den 80. Geburtstag des greisen Reichspräsidenten gefeiert zu sehen. Wir wünschten es, obwohl die Republikaner nicht für seine Wahl eingetreten sind, obwohl seine Weltanschauung nicht die der republikanischen Massen in Deutschland ist. Denn er ist der gewählte Repräsentant des Reiches. Und alle Deutschen ehren in ihm ihre Staatsgemeinschaft.

Das ist auch die Meinung des Auslandes. Und deshalb dürfen wir es dem Ausland nicht verübeln, wenn es der Darstellung seiner Blätter glaubt, daß sich in der gestrigen Feier Deutschlands Geist geoffenbart hat, daß Deutschlands Wesen und Willen sich in dem Straßenbild widerspiegelte, das sich gestern während der Spalierbildung und beim Rückmarsch der Vereine und Verbände dem Betrachter bot.

Man hat gesagt, daß die alten Kaisergeburtstagsfeiern und höfischen Paraden gestern wieder aufgelebt seien. Das brauchte man nicht allzu tragisch zu nehmen. Denn das äußere Bild von großen Empfängen, Spalieren und Huldigungsfahrten pflegt überall dasselbe zu sein. Gleichgültig, ob Kaiser, Präsidenten oder Sowjetkommissare im Mittelpunkt solcher Handlungen stehen. Aber es war leider nicht nur Kaisergeburtstagsfeier. Wo sind jemals nach den Volksfesten der alten Kaiserzeit Verbände geschlossen durch die Straßen marschiert, Trutzlieder singend, im vollen Bewußtsein, daß deren Inhalt auf das schwerste die Gefühle der Vorübergehenden verletzen muß? Wo hat jemals in alten Zeiten solche Stimmung des Kampfes gegen die eigene Obrigkeit sich auf Straßen und Wegen breitmachen können, wie es gestern zu beobachten war? Nicht die Tatsache, daß wieder alle Zylinderhut-Formen der alten Kriegervereine sichtbar wurden, daß sich mehr als sonst die Uniformen des alten Heeres zeigten, war das Schlimmste, sondern daß diese Verkörperung des alten Geistes unterstrichen wurde durch Scharen uniformierter Jugend, die den Eindruck machten, als ob sie bereit seien, es mit der ganzen Welt aufzunehmen.

Das noch dazu bei einem Fest, das einem Manne galt, dessen tätigste Mannesarbeit der Vergangenheit angehört. Daß die Generation aus seiner Zeit in Erinnerung an die Vergangenheit schwelgt, ist begreiflich. Daß ein ganzes Volk seine Vergangenheit ehrt, ist selbstverständlich. Aber daß der Anschein erweckt wird, als ob die Jugend dieser Zeit nur noch in der Vergangenheit lebe, daß für sie die Zukunft nichts anders bedeute, als die Wiederhebung versunkener Schätze, das ist der schmerzliche Eindruck, der gestern auch bei deutschen Zuschauern erweckt werden konnte.

Poincaré hat mit deutlicher Spitze gegen seinen Kollegen Briand bei einer der letzten Denkmalsenthüllungen von neuem wieder das Pathos und die Größe des Krieges betont. Aber er sagte, war im Grunde gar nichts anderes als die früher in Deutschland gehörte Redensart, daß der Krieg ein Stahlbad sei. Wie ein Ruf nach diesem Stahlbad haben gestern die Lieder aus den Kehlen der jungen Verbändler geklungen, die durch die Straßen Berlins marschierten. Gewiß, von diesen teilweise auffallend jungen Menschen hat fast niemand den Schrecken des Krieges mit Bewußtsein miterlebt. Aber wer sind die Lehrer dieser Rufer nach Streit? In welchem Geist wird diese Jugend erzogen? Ihre Lehrer und Erzieher wissen doch nach von Josef. Sie haben es doch miterlebt, all das Schmerzliche, Schreckliche, Betäubende der Kriegsjahre. Sie haben das Elend gesehen, das in die Familien getragen wurde. Sie sind Zeuge ge-